

Kulturpolitische Polemik

In seinem Kommentar zu den finanziellen Nöten des Theaterhauses und der Bewilligung von Geldern für das RPM kommentiert Ralf Neite in der HAZ vom 14.7., dass die „massive Ungleichbehandlung von etablierten und freien Kultureinrichtungen durch die Politik“ (..) selten so offensichtlich gewesen sei.

In den letzten zehn Jahren gelang es uns Grünen gemeinsam mit der SPD unter dem massiven und schmerzhaften Deckel des Zukunftsvertrages immer wieder, die freie Kulturszene durch erhöhte Zuschüsse an z.B. das TPZ, das Theaterhaus, die Kulturfabrik oder die Schaffung eines Fonds für die Kultur im Haushalt zusätzlich zu fördern. Etablierte Kultureinrichtungen wie das TFN bekamen keine erhöhten Zuschüsse.

Dennoch verbleibt eine unbefriedigende Situation angesichts der geringen Mittel für die Freie Kultur. Um dies zu ändern, haben wir gemeinsam mit der SPD und Hamun Hirbod im letzten Dezember einen Antrag im Rat beschließen lassen: „Zur Schaffung eines Zukunftsvertrags für die freie Kultur werden im Haushalt 2023 insgesamt 733.000 € für die freie Kulturszene benötigt (Erhöhung um 335.000 €). Die Verwaltung wird beauftragt, dafür die Mittel zur Finanzierung sicherzustellen und in den Haushaltsentwurf für 2023 einzustellen.“ Dieser Beschluss setzt m.E. einen neuen Meilenstein im Umgang mit der Freien Kultur in Hildesheim.

Die Kulturausschussvorsitzende, Frau Wagner-Kröger, wies in der Ratsdebatte um den Museumszuschuss noch einmal auf diesen Haushaltsbeschluss hin. Sie verdeutlichte dabei auch, dass für uns die Zustimmung zu einer erhöhten Bezuschussung des Museums im nächsten Haushalt an diesen Beschluss zur Erhöhung des Kulturretats für die Freie Kultur gekoppelt ist - quid pro quo.

Die Realisierung dieses Beschlusses und seine Kopplung an die Museumsförderung wird im Rahmen der Haushaltsberatungen im nächsten Halbjahr in dieser Stadt noch einiges an Aufregungen und Debatten auslösen. Dazu schon vorweg: wir als Stadtgesellschaft sind der Freien Kultur verpflichtet, die in den zehn harten Jahren ihr Programm aufrecht erhalten hat und einen wesentlichen Anteil daran hatte, dass wir in die engere Auswahl zur Kulturhauptstadt gekommen sind. Und wer „A“ zur Kulturhauptstadtbewerbung, und „B“ zum Museum sagt, der muss eben auch „C“ zur Freien Kultur sagen. Denn sonst, und erst dann, entsteht das von Ralf Neite entwickelte Szenario.

Dieser Hintergrund findet im Kommentar leider keinerlei Berücksichtigung. Nun muss ein Kommentar nicht ausgewogen sein. Wenn er aber wesentliche Teile der aktuellen kommunalen kulturpolitischen Diskussion einfach bewusst oder unbewusst weglässt, dann muss er sich gefallen lassen, dass ich ihn in die Nähe kulturpolitischer Polemik rücke.

Ulrich Rübiger

Fraktionsvorsitzender der Grünen Ratsfraktion